

# Wer sichert die Zukunft ländlicher Räume? Anmerkungen zu einem brisanten landes- und gesellschafts-politischen Thema<sup>1</sup>



Holger Magel

## War alles vergebens?

In den letzten Jahren gab es von prominenten Schriftstellern wie *Tony Judt* („Dem Land geht es schlecht“) und *Stéphane Hessel* („Empört Euch“) oder Agrarexperten wie *Heinrich Wohlmeyer* („Empörung in Europa“) sog. Wutbücher (ich meine nicht Wutbürger), in denen dazu aufgefordert worden ist, wieder deutlicher seine Meinung zu sagen und die Dinge nicht einfach hinzunehmen, wie sie sind. Etwas von dieser Protesthaltung überkommt einen, wenn man sich mit dem Thema ländlicher Raum und damit auch mit dem Thema Zukunft unseres Landes beschäftigt. Da gibt es beispielsweise anlässlich der Landtagswahl 2013 in der Süddeutschen Zeitung vom 13./14. Juli 2012 den großen Aufmacher „Arme und Reiche. Die Lücke zwischen oben und unten klapft immer weiter auseinander“. Gemeint ist hier nicht die Lücke zwischen Franken/Oberpfalz und Südbayern, sondern die wachsende Schere zwischen wenigen immer reicheren, immer besser verdienenden Menschen einerseits und einer immer mehr zurückbleibenden Mehrheit andererseits – und hierzu gehört ganz besonders das künftig noch zunehmende Megathema der wachsenden Zahl von Altersarmut –, aber genauso gut hätte die Süddeutsche Zeitung wie schon anlässlich der Anhörung zum Landesentwicklungsprogramm (LEP) im März 2013 erneut den Aufmacher produzieren können: „Bayern – ein geteiltes Land“ (siehe hierzu bereits Magel, 2012 und nun auch der neueste Lebensqualitätsatlas von Prof. *Job et alii* (2013)) – geteilt zwischen sich immer mehr ausbreitenden entleerten ländlichen Räumen einerseits mit schwerwiegenden (Infra)Strukturanpassungsproblemen und boomenden vor allem südlichen Stadt-, Umland- und Großstadtregionen andererseits, die nur noch ein Problem zu haben scheinen: zu wenig preiswerte Wohnungen und deshalb drängen und wachsen diese Regionen unübersehbar breiartig ins Umland hinaus mit allen damit verbundenen Verkehrs-, Umwelt- und Landschaftsproblemen. Wieso angesichts dieses allgemein beklagten Phänomens ausgerechnet Bayerns Landesentwicklungsminister *Zeil* anlässlich des Tages der Selbständigen im Juli 2013 den besorgten Zuhörern stolz entgentrompetete, mit ihm werde es in Bayern keinen Siedlungsbrei geben, wird wohl sein

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung des Festvortrags bei den 19. Plankstettener Gesprächen am 24. Juli 2013

Geheimnis bleiben. Kennt er die Realität nicht? Lässt er sich womöglich nur schönfärberisch berichten? Dem Gespräch mit Experten entzieht er sich ja beharrlich.

Die Experten aber wissen, wovon sie reden, auch der Autor dieser Zeilen. Er hat gerade über zweijährige intensive Kreisentwicklungsleitbildprozesse in den Landkreisen Freising und in Dachau hinter sich. Was ihn dabei so erstaunte: Es wird dort in den (kommunal)politischen Gremien kein Gedanke daran verschwendet, wie es denn wäre, wenn man diesen beängstigenden Zuzug in den Großraum München, von dem diese Landkreise sowohl profitieren wie auch darunter leiden, umwelt- und landschaftsverträglich sowie landschaftsästhetisch entlastender in die Fläche lenken, in die weiter entfernten ländlichen Räume verteilen würde. Das ist z. B. der Wunsch der weiter entfernten Rosenheimer OBin *Gabriele Bauer* (2013) oder jener von Landrat *Stefan Rössle* (Arbeitsgruppe Ländlicher Raum EMM) vom Landkreis Donau-Ries. Und der Bezirksheimatpfleger von Oberbayern *Norbert Göttler* denkt öffentlich darüber nach (siehe Kassian Stroh, 2013), ob es denn ein Naturgesetz gebe, wonach Städte unbegrenzt wachsen müssten. Immer mehr stellt sich in der Münchner Stadtregion die Frage: Stadt für Bürger oder Stadt für Investoren? (SZ 2012/2013).

Welch ein Luxusproblem mögen sich viele Franken und Oberpfälzer denken. Für die Münchner Bürger ist es angesichts anhaltender Innenverdichtung durchaus kein Luxusproblem mehr, weil es immer mehr um Erhaltung oder Verschlechterung der Lebensqualität geht.

### **Über Wachstum in der Stadt entscheidet allein die Wirtschaft?**

Und was ist die Antwort des Münchner OB auf Forderungen von Leserbriefschreibern nach einem gewissen Stopp neuer Wirtschaftsansiedlungen oder einem Abbremsen des Münchner Zuzugs z. B. durch restriktive Bauleitplanung: Das kann man nicht, denn in Zeiten der Globalisierung entscheide allein die Wirtschaft mit Ihrer Standortwahl und einhergehendem Jobangebot, ob eine Stadt wie München wachse oder nicht und ob andere Landesteile sich entleeren oder nicht.

Prost Mahlzeit möchte man da nur noch sagen: Was sollen dann noch Bekenntnisse und Aktivitäten z. B. der Bayerischen Staatsregierung, die auch im neuen LEP unverdrossen am Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Regionen Bayerns festhält. Ja, nun wurde dieses Ziel am 15. September sogar in der Bayerischen Verfassung als Staatsziel verankert. Schlauerweise liefert die Staatsregierung die Erklärung, was denn gleichwertige Lebensbedingungen seien, nicht mit. Es würde auch schwerfallen, zu erklären, dass Städte und Dörfer mit Geburtenrückgang, weggezogener Jugend und zurückbleibenden Alten, mit geschlossenen Geschäften, leerstehenden Häusern gleichwertig mit dem Leben in Siedlungen im Nürnberger Nahbereich oder gar südlich von München am Starnberger See seien. Diese Fragen, was man unter reduzierter oder angepasster Gleichwertigkeit zu verstehen habe, überlässt man dann den Experten und der Wissenschaft. Deren Warnungen, dass diese, wie sie sagen, Illusion nicht aufrechtzuerhalten sei, wenn das so weitergehe, werden schlichtweg verdrängt bzw. nicht zur Kenntnis genommen. Auch das neue Staatsziel wird, wenn man z. B. Professor *Josef Franz Lindner* (2013) vom Augsburger Lehrstuhl für öffentliches Recht folgt, an der Skepsis der Experten „aufgrund fehlender Durchschlagskraft des Ziels“ wenig ändern.

Stattdessen greift die Politik zum probaten und vertrauten Mittel: Sie gießt ein Füllhorn von finanziellen Segnungen gerade in diesem doppelten Wahljahr über den ländlichen Raum.

So heißt es z. B. in der Pressemitteilung zur Kabinettssitzung vom 16.7.2013: „3. Zeil, Haderthauer, Söder, Huber und Brunner: „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger und alle Regionen im Freistaat sind Maßstab unseres politischen Handelns“.

Und danach werden die vielen, vielen finanziellen Wohltaten aufgeführt, die jedes Ministerium parat hat. So weit so gut – und es muss positiv konstatiert werden, dass wohl noch kein Kabinett so viel über den ländlichen Raum gesprochen und so viel für ihn getan hat wie das Kabinett *Seehofer*. Wenn es dann auch noch dazu kommt, dass Breitbandversorgung, wie *Seehofer* es wünscht, endlich als öffentlicher Auftrag oder öffentliche Grundversorgung angesehen wird, kann es eigentlich nur noch besser werden.

Aber warum hat es dann im LEP nicht zu dezidiierteren, sprich teilräumlich konkreteren Aussagen zum ländlichen Raum bzgl. Herausforderungen und Problembewältigung erreicht und nur zu allgemeinem Wischiwaschi?

Zurück zu *Zeil*, *Haderthauer*, *Söder*, *Huber* und *Brunner* – fehlt eigentlich nur noch *Herrmann*. Dann wäre die Liste der Ministerien komplett, die vor allem für den ländlichen Raum zuständig sind und in Kooperation, aber oft auch Konkurrenz zueinander tätig sind. Vor diesem Hintergrund möchte man tatsächlich ein integrierendes Heimatministerium herbeisehnen, das aber dann auch wirklich Zuständigkeiten und Durchsetzungskompetenz bekommen muss und nicht wieder nur einen zahnlosen Tiger darstellt, wie es der Staatssekretärsausschuss für den ländlichen Raum war.

### **Einkommensdurchschnitts- und Arbeitslosenzahlen helfen nicht weiter**

Warum schaffen wir es trotz all dieser vielen Rhetorik und Förderung nicht, weite Teile unseres ländlichen Raumes zu halten, in Zeiten, wo es uns noch nie so gut ging wie jetzt, in einem Land, das im Durchschnitt so reich ist wie nur wenige andere in Europa. Ja, die Durchschnittszahlen stimmen, das ist immer so: Wenn ein Bürger 5.000 Euro Einkommen hat und der Andere 1.000 Euro, dann ergibt das ein Durchschnittseinkommen von 3.000 Euro. Also alles paletti, sagt der Bayerische Wirtschaftsminister. Ob der Bürger mit 1.000 Euro Einkommen auch so denkt, wage ich zu bezweifeln.

Den ländlichen Raum halten und die vielen roten oder blauen Flächen in den unzähligen Folien der Raumexperten (siehe z. B. die noch eher harmlose Grontmij Karte in Abb.1) verringern – das wäre es!

Nur fragt man sich, wie soll das geschehen? Selbst im noch reicheren Nachbarland Österreich beklagt der Präsident des österreichischen Bundesrats, der Tiroler *Georg Keuschnigg*, ein Zerfallen des Landes in wohlhabende(re) Regionen und in sich entleerende ländliche Räume (siehe in *Magel* 2012).

Was ist geschehen? Was ist schief gelaufen? Ist es einfach so wie beim von manchen nach wie vor bestrittenen Klimawandel? Prof. *Josef Reichholf* sagt ja, dass diese Schwankungen normal seien, einmal warm, einmal kalt. Ist es beim Land auch so: einmal glühende Liebe

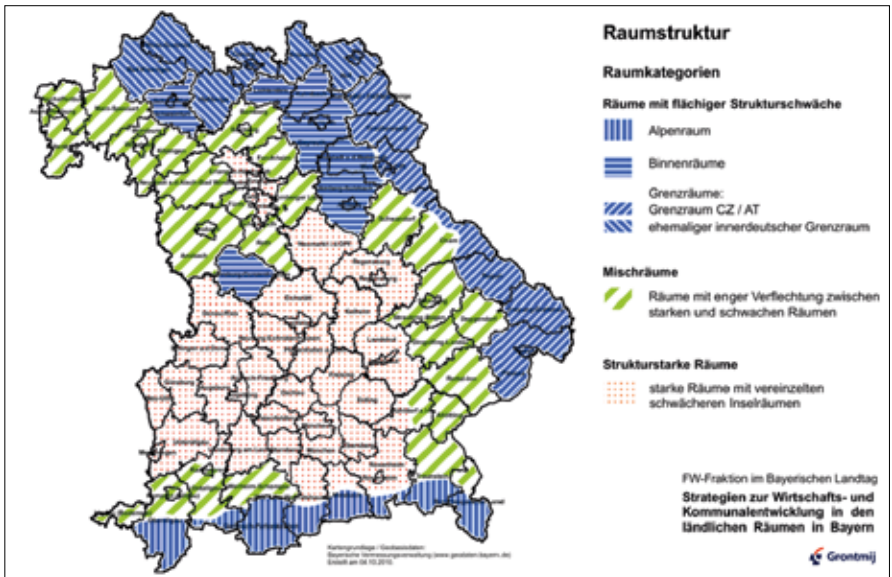


Abb.1: Strukturkarte Bayern

und Zuversicht, dann gnadenlose Abkehr von der Provinz.

Wie war das noch vor 25 Jahren im Jahr der Gründung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum? Der Europarat startete seine Kampagne für den ländlichen Raum, 1990 erschien der Bestseller von *Alois Glück* und *Holger Magel* „Das Land hat Zukunft. Neue Perspektiven für die Ländlichen Räume“, dazu viele Mut machende Schriften zur Dorferneuerung. Alle waren begeistert, das ganze Land war erfüllt von Zuversicht und sendete diese Signale in alle Welt – bis nach China, wo Bayern die Idee der Dorferneuerung säte!

### Sind wir hilflos der Globalisierung ausgeliefert?

Und heute?

Ja, heute hören wir permanent die Botschaft, das 21. Jahrhundert gehöre den Städten, Urbanisierung sei zudem ökologischer, flächen-, zeit- und energiesparender, TU Professoren lehren lieber in städtischer Planung und schwärmen in BR Fernsehsendungen vom schicken Stadtleben im Loft, möglichst im 14. Stock eines Stadttowers mit Alpenblick. Die Wirtschaft redet von den ökonomisch notwendigen Fühlungsaspekten, von logistischen, Cluster- und sonstigen Bedingungen, die nur im Ballungsraum erfüllt würden – schließlich müsse man ja den Herausforderungen der Globalisierung gerecht werden. Da möchte man in Umwandlung eines auf die Euro- und Europakrise gemünzten Zitats von *Jürgen Habermas* (siehe *Müller-Doohm* 2013) nur noch sarkastisch stöhnen: „Wir alle ducken uns unter den Forderungen der Globalisierung und bestätigen durch Stillhalten bzw. Akzep-

tieren die scheinbare Ohnmacht der Politik, die letztlich die Masse der Steuerbürger anstelle der profitierenden Wirtschaft für den Schaden der Krise der ländlichen Räume zahlen lässt.“ Denn Schaden gibt es heute schon, und er wird noch zunehmen.

Nehmen denn die erfolgsverwöhnten Ballungsräume die Krise des ländlichen Raumes überhaupt wahr? Wenn ja, dann wohl nur oberflächlich, gleichsam mit Kommentaren wie “Mei da oben (gemeint sind v. a. Hof und Wunsiedel) schaut’s vielleicht aus. San ma froh, dass wir hier im Süden leben“.

Vor kurzem war ich bei der Jahreskonferenz der Europäischen Metropolregion München (EMM) in Waging. Mein Eindruck war: im dortigen Teil Bayerns scheint es keine Probleme zu geben; das hatte Ministerpräsident Seehofer wohl im Sinn, als er dem verutzten Bundespräsidenten auf dessen Frage antwortete: Wir haben keine Probleme in Bayern. Na ja, vielleicht die bereits erwähnten Probleme eines starken Zuzugs in die Metropole München mit einhergehender Wohnraumverknappung und immer höherer Mietpreissituation, die nun auch die freier Markt Anhänger zum politischen Handeln zwang. Aber da das Umland und sogar die weiter entfernten ländlichen Räume auch boomen, sieht man innerhalb der EMM kein echtes Problem für die Zukunft. Die Tatsache, dass sehr lange Pendlerstrecken in Kauf genommen werden und damit viel Verlust von Zeit, Lebensqualität und Energie verbunden ist, wird überhaupt nicht mehr thematisiert. Allenfalls vereinzelt in der Wissenschaft und das auch erst jetzt unter dem Stichwort WAM: Wohnen – Arbeiten – Mobilität. Ob da allerdings der ländliche Raum der Profiteur sein wird, wenn es darum geht, Wohnen und Arbeiten räumlich zusammenzubringen, ist die Frage.

Anders dagegen in München, wo sich wie erwähnt unter den Eingesessenen zunehmend Widerstand rührt und wo z. B. immer häufiger gefragt wird, ob das richtig ist, dass sich ganze Landstriche entvölkern, während die dichtest bebaute Stadt Deutschlands mit dem geringsten Grünflächenanteil aller deutschen Großstädte weiter nachverdichtet werden soll. Diese Einwohner werden aber sehr schnell als Egoisten und Nimby-Protestierer diffamiert, die sich halt ihren hohen Lebensstandard auf Kosten der Neubürger sichern wollten. Aber haben wir nicht von der Dorferneuerung und *Leopold Kohr* bereits in den 80er Jahren gehört, dass grenzenloses oder unorganisches Wachstum aus vielen Gründen schlecht ist? Muss das nicht auch in der Stadt gelten – trotz mancher insbesondere migrationsbedingter Zwangsbedingungen?

Es gibt keinen Blick über den EMM-Rayon hinaus, kein Bemühen, solidarisch für den Gesamttraum Bayern zu denken. Hauptsache, die Arbeitsplätze sind bei uns oder kommen zu uns – und notfalls fahren wir halt täglich 120 km nach München rein und am Abend raus. Entsprechend schauen die Staus auf den Autobahnen aus! Ein Wahnsinn eigentlich – aber man hat sich nicht nur im Süden Bayerns daran gewöhnt und diskutiert höchstens noch, wie man mit noch mehr ausgefeilten und dann alsbald wieder schnell ausgelasteten Mobility-Konzepten und Strukturen die Menschen zur Arbeit in den Städten bringt anstelle umgekehrt die Arbeit zu den Menschen. München ist eigentlich am Ende. Es kommt mit neuen oder besseren Verkehrssystemen nicht mehr nach. Zudem stellen sich die Bürger und auch Geschäftsleute zunehmend quer. Wen wundert das?

„Das gelobte Land“, die gelobte Region schafft den Spagat bald nicht mehr: Hoher Zuzug von Menschen und Arbeitsplätzen mit allen damit verbundenen Chancen und Problemen

und zugleich Überforderung der Bürgerschaft, die halt gefälligst einsehen soll, dass das der Preis des Wohlstands und der Globalisierung ist, bei der es offensichtlich nur ums Geld und Profit geht. Und gleichzeitig bluten Regionen aus, die zwar stolze, sprich geringe Arbeitslosenzahlen aufweisen (was keinen wundern kann, wenn keine Jugend mehr da ist, die Arbeit in der Region nachfragt), aber keine oder nur noch eingeschränkte Perspektiven haben ...

### **Wer sichert die Zukunft der ländlichen Räume?**

Vielleicht ist nun schon deutlich geworden: Eine Solidarität zwischen sog. Erfolgs- und Problemräumen ist wohl nicht zu erwarten. Das muss uns nicht wundern: Lange genug hat man den Regionen eingebläut, sich auf eigene Stärken zu besinnen und den Standortwettbewerb zu gewinnen. Hinzu kommt die gefährliche (Ver)Lockung der Gewerbesteuer, so dass es einen gnadenlosen und leider oft auf dem Rücken der Landschaft und der Verkehrsbelastung ausgetragenen Wettbewerb zwischen den Gemeinden, zwischen den Regionen gibt. München wird von sich aus nichts nach Nürnberg abgeben – ich meine nun nicht die vier Apostel von Dürer, sondern neue Firmensitze. Das muss jemand höherer oder mächtigerer machen, wenn man nicht der Oberbürgermeister-Ude-Theorie folgen will, dass es nur die Firmen sind, die bestimmen. Es muss schon der Staat lenken und steuern. Alles andere käme einer Ohnmachtserklärung des Staates gleich und hat nichts mit freidemokratischem Liberalismus einerseits oder sozialistischem planwirtschaftlichen Denken andererseits zu tun.

Ein hübscher Lackmustest wäre ja, wenn man den Vorschlag von *Rembrandt Scholz* (siehe *Habekuss* 2013) vom Rostocker Max Planck Institut für demographische Forschung umsetzen wollte. Er schlägt aus Gründen der Gerechtigkeit – immerhin hat auch bei der Diskussion über Landesentwicklung die viel zu wenig oder gar nicht gehörte deutsche Philosophie (z. B. Prof. *Julian Nida Rümelin* oder *Wilhelm Vossenkuhl*) eine Meinung zu diesem Thema und zu der von *John Rawls* begründeten und auf die Lebensbedingungen bezogenen Theorie der Gerechtigkeit – eine Umlage vor. Wandern Menschen von einer Region in die andere, zahlt die neue Heimat an die alte. Die kann damit – so Scholz – den Verlust der Einwohner kompensieren und die Lebensqualität erhalten.

Es wäre interessant, diesen Vorschlag mit dem Münchner Oberbürgermeister zu diskutieren, von dem man übrigens noch nie oder zumindest äußerst selten etwas zum Thema ländlicher Raum gehört hat, oder mit dem Oberbürgermeister von Nürnberg – es dürfte bei beiden schwierig werden. Wie lange hat es gedauert, bis man eine Verbesserung des ländlichen Raumes beim kommunalen Finanzausgleich erreicht und den sog. veredelten Bürger abgeschwächt hat. Immerhin hat aber OB *Maly* als Bayerischer Städtetagspräsident schon mal die Stärkung der ländlichen Regionen gefordert. Er ist glaubwürdig, hat er sich doch von Anfang an innerhalb der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) um eine gute Zusammenarbeit mit dem ländlichen Umland bemüht. Aber auch in „seiner“ EMN bluten dennoch ganze nördliche Regionen aus ...

## **Gefragt sind Vernetzung, Kooperation und Sharing**

Natürlich bleibt im Moment gar nichts anderes übrig, als mit den m. E. noch viel zu zersplitterten Fördertöpfen und Maßnahmen den Problemen an den Leib zu rücken, natürlich gilt die Aussage, nur Kommunen, die den Wandel aktiv angehen, haben in der Zukunft eine Chance. Das wissen immer mehr bayerische Bürgermeister. Dazu muss nichts mehr gesagt oder geschrieben werden. Das wurde in der Akademie Ländlicher Raum (ALR), an der Technischen Universität München (TUM) und an den Schulen für Dorf- und Landentwicklung (SDL) rauf und runter diskutiert: Gefragt sind Kooperation und Vernetzung, interkommunale Zusammenarbeit, funktionales Sharing, d. h. Aufteilen der Daseinsfunktionen auf verschiedene Ortschaften und Ortsteile bzw. Dörfer. Das versuchen tagtäglich die Ämter für Ländliche Entwicklung (ALE) oder nun auch die Regionalmanager, Leader-Experten und Städtebauförderer etc., zunehmend auch gemeinsam. Die neue Devise lautet: Nur gemeinsam ist man stärker, deshalb wird gar nichts anderes mehr übrig bleiben, als dass man endlich nur noch gemeinsame Sache macht und zwar überall: in Wachstumsräumen, um Landschaften und Freiräume zu schonen und Verkehre zu minimieren, in schrumpfenden Räumen, um sich darauf zu verständigen, wo in Arbeitsteilung das Mindestangebot an Daseinsgrundfunktionen am besten erfüllt und gesichert wird. Dieser Dörfer und gemeindeübergreifende Ansatz heißt heute im EU-Jargon place and space based approach. Am Platz oder Ort die richtige Infrastrukturentscheidung, aber immer aus der höheren Warte des space, des Raumes betrachtet, also landkreisweit oder regionsintern etc.

Ziel sollte es ja sein, durch eigene Aktivitäten, unterstützt durch entsprechende staatliche Rahmenbedingungen und Fördergelder, das zu erreichen, was z. B. die Devise des Sunshine Staates Florida ist: "Jobs follow people". Florida setzt dabei auf die drei T's: Talente, (High)Technology und Toleranz.

Diese drei T's haben auch bei uns Gültigkeit und sollten jeweils regional durchdekliniert werden. Zu Talenten gehört zwangsläufig auch Kompetenz. Damit meine ich auch die Kompetenz und insbesondere die stete Aneignung von Kompetenz durch Gemeinden und ihre behördlichen Partner im ländlichen Raum. Hier sehe ich weiter den zeitlosen Bildungsauftrag gerade auch der SDL!

Der bereits erwähnte *Norbert Göttler* fordert im SZ Interview mit *Kassian Stroh* (2013), man müsste mehr in schwache Regionen investieren. Tja, wer denn? Die Wirtschaft, freiwillig oder angesprochen und gedrängt oder gelockt (wie im Osten Deutschlands) durch den Staat? Ist dieser wirklich so ohnmächtig geworden? Sind *Otto Schedls* Ruhmestaten als gestaltender Wirtschaftsminister für den ländlichen Raum heute nicht mehr möglich? Wir erinnern uns doch noch, wie die Begründung Edmund Stoibers hieß, als er dem Umweltministerium die Landesentwicklung wegnahm und zum Wirtschaftsministerium gab: weil damit aktiver im ländlichen Raum gestaltet werden kann. Findet das denn nun mit Erfolg statt? Zur Erinnerung: Oberbürgermeister *Ude* meint, das könne man nicht beeinflussen.

## Helfen Behördenverlagerungen?

Immerhin konzentriert sich der Staat auf Behörden- und damit Jobsansiedlungen außerhalb Münchens. Die Wirtschaft ist da noch sehr zögerlich. Jobs follow people? Vielfach Fehlansage. Es muss aber, so *Göttler*, Anreize geben, dass die Entwicklung in Deutschland sich nicht nur auf fünf, sechs große Städte konzentriert. Genau das haben ja *Gabriele Bauer* oder der Landrat von Donau-Ries im Sinn, wenn sie anmahnen, das Bevölkerungswachstum gleichmäßiger innerhalb der Region zu verteilen. Aber dazu gehören dann auch neue Arbeitsplätze!

Gibt es darüber eine Diskussion? Wieder Fehlansage aus meiner Sicht. Auch die Frage, was so eine Metropolregion vor dem Hintergrund der vielbeschworenen Stadt-Land-Partnerschaft überhaupt bringt, wird nur schmallippig beantwortet: Es gibt keine Vorstellungen, wie diese Partnerschaft aussehen könnte, weder von Seite der Stadt München, der nichts dazu einfällt, was sie eigentlich dem ländlichen Raum geben könnte, noch den umgebenden ländlichen Räumen bis hin zum Traunsteiner Land, was sie von der großen Stadt München fordern könnte. Das einzige, was man vielleicht nennen könnte, und das ist ja geradezu tragisch, ist eine bessere Schienenverbindung, damit die Menschen von Traunstein oder Altötting besser und schneller nach München kommen könnten. Dazu passt, dass, was ja auch in der Fernsehsendung „Quer“ zu sehen war, Mühldorf in Münchner S- und U-Bahn Stationen damit wirbt: „Arbeiten in München, billiger wohnen in Mühldorf“. Richtig wäre ja: Arbeiten und Wohnen in Mühldorf!

In der EMN ist es offensichtlich anders, denn diese Metropolregion ist ja zum Musterknoten der deutschen und europäischen Raumentwicklungspolitik aufgestiegen ist. Hier wird deutlich mehr und zwar substantiell über Stadt-Land-Partnerschaft gesprochen. Wahrgenommen aber – und das bestimmt ja letztlich doch den politischen Takt und Sensus in Bayern – wird vor allem, was im Süden Bayerns passiert. Hier sitzen die Entscheidungsträger, hier die Weltfirmen und Lobbyverbände etc. Deshalb mein so starker Focus auf die Entwicklung in diesem Raum. Was hier gedacht wird, wirkt sich überall aus. Was hier falsch gedacht wird, natürlich auch ...

Sieht also so die Zukunft in Bayern aus? München wächst und wächst und wächst und mit ihm der ganze Süden Bayerns, der auf München hin zentriert ist mit zugegebenermaßen daneben noch kleineren eigenständigen und prosperierenden urbanen Zentren im ländlichen Raum. Und der Norden und Osten Bayerns? Sie stellen ein heterogenes Bild von einerseits starken und andererseits immer schwächer werdenden Regionen dar. Da muss dann die heiß diskutierte Behördenver- und Hochschulauslagerung helfen, wenn schon die Wirtschaft nicht mit guten Beispielen voran geht. Nur hier kann der Staat selbst entscheiden. In der Kabinettsitzung am 16. Juli 2013 wurde über die bereits erfolgte Verlagerung von ca. 970 Arbeitsplätzen im Bereich der Steuer-, Staatsfinanz- und Vermögensverwaltung in den ländlichen Raum berichtet. Weitere knapp 140 Stellen im Bereich der Steuerverwaltung werden noch folgen. Es gibt ja auch schon viele schöne Beispiele von Hochschulniederlassungen im ländlichen Raum, die die drei T's symbolisieren bzw. umsetzen: Talente, HighTech und Toleranz, die sich erproben muss, wenn viele Ausländer und andere Lebensstile und Auffassungen zusammentreffen.



Auch das Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz in Tirschenreuth fällt unter diese Rubrik. So richtig es einerseits ist, ein solches Amt in den ländlichen Raum, selbst in extrem exzentrischer Lage, zu verlagern, denn warum soll es eigentlich in einer Großstadt sitzen, die ja auch folgerichtig keinen Finger krumm gemacht hat, um das Amt zu behalten – so schlecht ist es, ein dermaßen siechendes, an Personalabbau leidendes Amt als angeblich starkes Signal in den ländlichen Raum zu verlegen. Das Gegenteil wäre richtig gewesen: Genau dieses Amt hätte man von weiterem Personalabbau verschonen und stattdessen sogar ausbauen müssen, um die erhofften Akzente bzgl. Angebot von neuen hochqualifizierten Arbeitsplätzen und andererseits an wirtschaftlichen Impulsen durch die sich dort ansiedelnden Menschen und Familien zu setzen. Diese Stärkung eines Amtes in schwerst geschädigtem ländlichem Raum hätte u. U. auf Kosten der anderen ALE Standorte erfolgen müssen, hätte also ein solidarisches Mittragen erfordert.

Ich möchte damit zur Beantwortung meiner Themenstellung kommen: Wer sichert die Zukunft der ländlichen Räume?

### **Der Staat darf seine gestaltende und lenkende Rolle nicht aufgeben**

Klare erste Antwort: Es muss zunächst der Staat sein, der Garant der gerechten Entwicklung ist und deshalb auch mutige Entscheidungen treffen muss, notfalls auch zu Lasten der Bessergestellten. Folgt man der Gerechtigkeitstheorie von *John Rawls*, wird und darf es immer Unterschiede zwischen den Menschen und zwischen den Räumen geben. Alles andere wäre lebensfremd – zu unterschiedlich sind die (Standort)Bedingungen, Kulturen, Denkweisen etc. Das darf man nicht beklagen, das macht ja auch den Reiz und die Vielfalt eines Landes aus. Kritisch wird es und ein klares Stoppschild gibt es aber dann, wenn die Unterschiede zu groß werden zwischen arm und reich, zwischen wohlhabenden und armen Regionen, wenn es an den Lebensnerv geht, wenn es keine Lebensqualität mehr gibt – schlichtweg, wenn es ungerecht wird! Dann muss der Staat eingreifen.

Wie sehr lohnt ein Appell an die Wirtschaft? Weniger ein Appell an die Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU), die jetzt schon die ländlichen Räume prägen. Wir brauchen zur Allokation da und dort auch größere Maßstäbe. Hier geht der Appell an die „große“ Wirtschaft, die ja aufgrund ihrer Lobby Arbeit und Nähe zur Politik diese im Denken stark beeinflusst. Erinnern wir uns: 2008 erschütterte erstmals ein Denkansatz Bayern, der unter dem Stichwort Anbindestrategie in die Geschichte einging. Die Kölner Vordenker der vbw aus dem Institut der deutschen Wirtschaft ersannen das Modell, wonach es aus ökonomischen Gründen einfach besser sei, statt im ländlichen Raum weiter unökonomisch zu investieren die Menschen zu den größeren Städten zu bringen, indem man bessere Straßen etc. baut. Motto: People follow jobs!! Ich erinnere mich noch gut, wie schnell MP *Beckstein*, assistiert von StS *Markus Sackmann*, diesen Vorschlag politisch versenkte – und zwar innerhalb eines Tages. So groß waren die Entrüstung und die Furcht vor der ländlichen Bevölkerung!

Das hat allerdings nicht viel geholfen, denn die Wirtschaft tickt so: Im Gewande des Gutachtens des Zukunftsrats vom Januar 2011 kam exakt diese Idee von der Stärkung nur we-

niger großer Städte, wo das tolle wirtschaftliche Wachstum stattfinden soll, wieder zum Vorschein – auch dieses Mal wurde die Idee wieder politisch versenkt, weil die Presse lust- und absichtsvoll missverstehend das angebliche Abgeben von Passau an Oberösterreich und von Hof an Sachsen zum landesweiten Empörungsthema machte. Da war tatsächlich mal etwas fachliches Anlass zur Empörung! Immerhin hat dieser Affront die niederbayerischen Landkreise bewegt und zu einem eigenen allerdings zum Wunschkonzert verkommenen Entwicklungskonzept geführt.

Man darf also gespannt sein, ob es eine Fortsetzung der Anbindestrategie, die ja leider ohnehin tagtäglich auf bayerischen Straßen, Bussen und Zügen gelebt wird, geben wird – noch dazu wenn die gegenwärtige allzu liberal – marktwirtschaftliche Denke anhält. Das neue LEP ist ja leider Ausdruck dieses Denkens geworden und verheißt nichts Gutes für die Zukunft.

### **Ohne aktive Bürger und eine Neue Verantwortungsgemeinschaft läuft nichts!**

So bleibt es denn an den Gemeinden und ihren Bürgern, an sich zu glauben und ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und zu versuchen, die ländlichen Räume zu sichern. Es ist ja interessant, dass dieser Gedanke auch der Verfassungsänderung zugrunde lag. In der Begründung zur Verfassungsänderung (LT-Drs.16/15140, S. 6) ist davon die Rede, „dass gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zunächst einmal eine gesamt gesellschaftliche Aufgabe sind, keine alleinige Aufgabe des Staates“. (Lindner a. a. O.). Hier sind gerade der Landkreis und die Stadt Neumarkt, Regina und LR *Löhner* sowie viele weitere kleine Leuchttürme im Lande ein Symbol für diese aktive Bürgerarbeit mit Glauben an die Zukunft geworden. Hier ist man eine Mischung eingegangen von modernen Planungs-, Beteiligungs- und Kooperationsverfahren, gerade auch mit der Wirtschaft, mit Ideensuche nach neuen Jobs und Attraktivitäten.

Aber es tut halt weh, wenn man in der SZ Ausgabe „Jetzt. Leben und Job“(2013) blättert und einen Artikel findet mit dem Aufmacher: „Unterm Kirchturm. Dass es in eher abgelegenen Regionen gute Arbeitgeber gibt, ist bekannt. Aber will man wirklich dahin?“ Tendenziell wird hier etwas suggeriert, was prompt auch im Titeltext anklingt: ... „ein Heft über Pendler, das Arbeiten in der Provinz ...“

Stichwort Provinz: Da will doch niemand leben von den Jungen, zumal es derzeit wieder richtige Powerliteratur gibt zum urbanen Thema mit Botschaften wie: Nur das Leben in der Stadt ist schön, nur dort ist man kreativ etc., auf dem Lande ist man zurückgeblieben, eben provinziell. Die vielen in Wartezimmern aufliegenden Hochglanz-„Countryside“-Brochüren und der medial suggerierte Landlust-Boom sind leider nicht repräsentativ für die Wirklichkeit.

*Uwe Brandl*, der ebenso kraftvoll wie auch sensibel denkende, dichtende und formulierende Gemeindetagspräsident träumt deshalb von einer eigenen modernen ländlichen Lebensart und Entsprechung, die er „rural life style“ nennt. Das wäre trendy, das wäre u. U. ein Hoffnungsschimmer für die Zukunft, damit könnte man der Vision der drei T's und von Jobs follow people wieder näher kommen. Das hieße natürlich z. B., dass die

von wegziehenden Jugendlichen viel beklagte soziale Enge und Kontrolle in den Dörfern und ländlichen Räumen einer neuen Toleranz und Frische weichen müssten. Wir stehen erst am Anfang einer Diskussion, die wir viel energischer führen müssten. Zu sehr sind wir mit eher handwerklichen Aktionen beschäftigt, mit Diskussionen über Leerstandsmanagement, Energieherausforderungen, Innenentwicklung, infrastruktureller Anpassung etc. Lauter Dinge, die absolut wichtig sind, die aber genauso absolut unattraktiv sind für die erhoffte Bindung der Jungen! Bildung, Kunst, Kultur und soziale Aspekte sind mehr gefragt bei jungen Menschen – das sagt z. B. der Fachbeirat der SDL Thierhaupten (2013). Unser Kopf ist blockiert von den Gegenwartsproblemen, wir ergeben oder stürzen uns in unser Schicksal, sind stolz, wenn Bürgermeister ihre Schrumpfung ordentlich hinbekommen, begleitet vom Lob des Staats und öffentlicher Medien, aber fragt denn jemand, ob das wirklich innerlich, seelisch befriedigt? Wie soll der Wegzug aufgehalten werden, wenn man tagtäglich vernimmt, wie gut es anderen Menschen und Gemeinden in anderen Landesteilen geht.

### **Wer nicht den Mut hat zu träumen, hat nicht die Kraft zum Handeln!**

Wir brauchen wieder mehr Glauben an unsere Potentiale, an unsere regionale Identität und Kraft, mehr Glauben an eine mehr und mehr selbst und lokal/regional bestimmte Zukunft im ländlichen Raum, wir brauchen wieder mehr Kreativität und Visionen, wie wir z. B. mit Hilfe der drei T's Zukunft und Heimat eröffnen und sichern für die jungen Menschen. Das mag vielen illusionär erscheinen, aber den Zweiflern und Kritikern ist entgegen zu halten: Ihr habt es Euch vielleicht schon zu schön und praktisch mit Euren Problemen eingerichtet.

Ich werde immer völlig apathisch und kraftlos, wenn ich an Veranstaltungen teilnehme, wo nur noch und zwar ausschließlich über die Probleme der Schrumpfung als Gott gegebenes Schicksal etc. geredet wird und dazu die öden Zahlen der demographischen Entwicklung heruntergebetet werden. Nichts aber dazu, wie man das Blatt wenden oder neues, inspirierendes, aufbauendes versuchen könnte! Ab und zu darf dann noch ein Vorzeige Jugendlicher aus dem ländlichen Raum, möglichst von der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB), tapfer von seinen Ideen zum Leben im ländlichen Raum reden, und dann war's das schon. Null Energieschub, null Zuversicht!

Wir brauchen aber neue Zuversicht für den ländlichen Raum, neue Ideen und Visionen. Wie hieß es 1988 in Neukirchen: "Was braucht das Dorf der Zukunft? Geld oder Philosophie oder beides?"

Am Geld fehlt es m. E. nicht – es fehlt gegenwärtig wieder mehr an ansteckender Philosophie! Das wäre der Auftrag auch an die drei bayerischen SDL, dazu wurden sie gegründet, das auch liegt dem Gedanken der von *Albert Löhner* initiierten „school of good governance“ zu Grunde: Gemeinsam im Sinne einer Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Kommunen, Wirtschaft und den alles entscheidenden Bürgern und hier vor allem Kindern, Schülern, Auszubildenden und Studenten die Zukunft zu diskutieren und wieder zu träumen. Ich bin z. B. total begeistert von den Diskussionen an der SDL Thierhaupten (siehe Beirat 2013), wo über sog. Raumpioniere, die etwas bewegen, ebenso nachgedacht

wird wie über ein Netzwerk von sog. Individuellen Daseinsversorgungszellen (IDZ), die aufbauend auf den Potentialen, die in einem Raum vorhanden sind, die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum flexibel und keineswegs nach einheitlichen Standards übernehmen. Natürlich müssen solche IDZ dann ihren Platz finden im ohnehin überarbeitungsbedürftigen System der zentralen Orte.

Das und vieles mehr muss selbstständig und nicht auf den Staat wartend angedacht und mutig erträumt werden.

Denn wir wissen ja:

„Wer nicht den Mut hat zu träumen, der hat nicht die Kraft zu handeln.“

Wünschen wir uns diesen Mut. Dann sind wir Pioniere und gerüstet, wenn es wieder zur Renaissance des Ländlichen kommt, wenn und weil die Städte ersticken und die Menschen die Vorteile des Lebens auf dem Lande suchen und wiederentdecken.

## **Literatur:**

Arbeitsgruppe Ländlicher Raum der EMM (2013): Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe am 27.2.2013 in Dachau

*Bauer, Gabriele* (2013): Kommunale Wohnungsbaupolitik. Kolumne. In: GZ vom 20.6.2013

Fachbeirat der SDL Thierhaupten (2013): Ergebnisprotokoll der FBR Sitzung vom 8.7.2013

*Habekuss, Fritz* (2013): Wir haben Weite und Einsamkeit. In: SZ vom 16.7.2013 Nr.162, S.16

Jetzt. Leben&Job (2013): Dort draussen ist es schön (Verschiedene Beiträge). Verlagsbeilage der SZ, Juni 2013

*Job, Hubert et alii* (2013): Lebensqualitätsatlas. Im Auftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

*Lindner, Josef Franz* (2013): Gleichwertigkeit von Arbeits- und Lebensverhältnissen in Stadt und Land als Staatsziel? In: Agrar-und Umweltrecht, 43. Jg., Heft 7/2013, S. 250-254

*Magel, Holger* (2012): Ländliche Räume und Stadtregionen - Konkurrenten oder Partner? In: Wohnen. Zeitschrift der Wohnungswirtschaft Bayern (ZdW Bay), Heft 6/2012, S. 256-259

*Müller-Doohm, Stefan* (2013): Eine zerrissene Union an der Schwelle. In: SZ vom 17.7.2013 Nr.163, S.14

*Stroh, Kassian* (2013): Lebenspumpe München. Interview mit Norbert Göttler. In: SZ vom 29./30.6.2013, Nr. 148, S. R 2

Süddeutsche Zeitung (2012/2013): Nachverdichtung in München. Stadt für Bürger- oder Stadt für Investoren? In: SZ vom 31.12.2012/1.1.2013 Nr. 301, R 15 Forum&Leserbriefe

Süddeutsche Zeitung (2013): Landtagswahl 2013: Arme und Reiche. Die Lücke zwischen oben und unten klappt immer weiter auseinander (verschiedene Autoren). SZ vom 13./14.3.2013, Nr. 160, R. 16

